



**IMMER
WIEDER
ÖSTERREICH**

...und wie es dazu kam



Liebe Landsleute!

Österreich begeht in diesem Jahr eine Reihe wichtiger Jubiläen: Vor 35 Jahren hat der zweite Weltkrieg geendet, der den Völkern Europas und auch unserem Volk viel Leid und riesige Zerstörungen gebracht hatte. Mit dem Zusammenbruch der faschistischen Diktatur ist Österreich als selbständiger Staat wiedererstanden. Am 27. April 1945 wurde in Wien die Gründungs-urkunde der Zweiten Republik unterzeichnet.

Heuer ist es überdies 25 Jahre her seit der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages. Diese Grundlage für unsere Selbständigkeit und Unabhängigkeit wurde nach jahrelangen schwierigen Verhandlungen am 15. Mai 1955 in Wien unterzeichnet. Und am 26. Oktober 1955, einen Tag nach dem Abzug der letzten Besatzungstruppen, hat der Nationalrat aus freien Stücken die Annahme des Status der immerwährenden Neutralität beschlossen.

Gründung der Zweiten Republik, Staatsvertrag und immerwährende Neutralität sind die historischen, völkerrechtlichen und verfassungsmäßigen Grundlagen unseres heutigen Österreich. Gerade über diese Etappe der Geschichte unseres Landes wird vielfach einseitig oder überhaupt falsch berichtet. Wichtige historische Tatsachen fallen ganz unter den Tisch. Diese kleine Broschüre zeigt auf, wie es zu diesen Ereignissen kam und was sie noch heute bedeuten.

Ich beglückwünsche alle Österreicher aus ganzem Herzen zu diesen wichtigen Jubiläen und hoffe, daß diese Informationen ihr Interesse finden.

Franz Luitz

(Vorsitzender der KPÖ)

PS: Wenn Sie mehr über die KPÖ wissen wollen, schreiben Sie mir bitte an die Adresse:
1206 Wien, Höchstädtplatz 3.



1955: Der österreichische Staatsvertrag ist perfekt

Lang ersehnt, heiß erträumt — der österreichische Staatsvertrag. Durch ihn wurde die volle Unabhängigkeit und Souveränität unseres Landes wiederhergestellt. Warum es zehn Jahre gedauert hat, bis es nach dem Ende des Krieges so weit war? — Immer wieder hieß es, „die Russen“ seien schuld gewesen.

Das wurde auch zu einer landläufigen Meinung. Wer anderes behauptete, dem glaubte man nicht. Bis schließlich der ehemalige ÖVP-Außenminister Karl Gruber (übrigens ein erklärter Freund der USA) 1976 in einem Erinnerungsbuch die Karten auf den Tisch legte.

Gruber schreibt: „Ohne Zweifel waren unmittelbar nach dem Krieg die Russen durchaus bereit, einen Vertrag zu schließen. . . Unzweifelhaft waren Widerstände im Westen vorhanden.“

Oder: „Die österreichische Bevölkerung sah den Hauptgegner für den Abschluß unseres Staatsvertrags eindeutig in den Sowjets. . . Wir hingegen mußten uns immer wieder hüten, den Westen offen anzuklagen.“

Trotzdem stellte sich für uns der Westen als das Haupthindernis zum Abschluß eines österreichischen Staatsvertrages dar. Allen voran die Vereinigten Staaten.“

Der „Mann auf der Straße“ wurde für dumm verkauft. Das gilt für viele Momente in unserer Zeitgeschichte und gilt auch heute noch. Nahezu völlig verschwiegen wird die wichtige Rolle der Kommunisten für das Wiedererstehen Österreichs und in den Bemühungen um die Erlangung und Aufrechterhaltung unserer Unabhängigkeit bis zum heutigen Tag.

Wie das Spiel um den Staatsvertrag lief, hat der ehemalige ÖVP-Politiker Karl Gruber klargestellt. Noch am 21. Oktober 1953 erklärte sein Kollege, Staatssekretär Graf, in Innsbruck: „Das Spiel um den Staatsvertrag geht weiter, wobei die Sowjetunion die Verpflichtung zur Neutralität fordert. Einem solchen Verlangen kann aber Österreich keinesfalls zustimmen, denn Österreichs Platz ist beim Westen.“

Die Regierungsparteien wollten damals offenkundig den Anschluß Österreichs an das Militärbündnis der NATO und waren bereit, alle jene Vorzüge preiszugeben, die uns heute die immerwährende Neutralität anerkanntermaßen bietet.

Die KPÖ-Abgeordneten brachten (nach ständigen Bemühungen in dieser Richtung) neuerlich am 16. April 1953 einen Antrag im Parlament ein — mit folgendem Wortlaut:

„Das österreichische Parlament begrüßt die

Bemühungen zur Entspannung der weltpolitischen Situation, weil nur die Verständigung der Großmächte unserem Land den Staatsvertrag, das Ende der Besetzung und die volle Unabhängigkeit bringen kann. Das Parlament fordert die Regierung auf, alles zu tun, diese Chance für Österreich zu nutzen. . .

Die Regierung wird ferner aufgefordert, den Großmächten unmißverständlich klarzumachen, daß Österreich entschlossen ist, eine Politik der strikten Neutralität durchzuführen, keine einseitige politische und wirtschaftliche Bindung einzugehen und im Interesse des Friedens freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern anzustreben.“

Mittlerweile hat sich dieser Kurs allgemein durchgesetzt und zu guten Ergebnissen für unser Land geführt. Daß auf Kommunisten auch in der schwierigsten Situation Verlaß ist, hat sich schon früher gezeigt. . .



Am Rednerpult KPÖ-Vorsitzender Johann Koplenig im Parlament.

1938:
„Österreich wird wiedererstehen!“

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs (Sektion der Kommunistischen Internationale)

März 1938

An das österreichische Volk!

Das österreichische Volk ist ver-gewaltigt worden, aber sein Glaube und seine Zuversicht sind ungebrochen. Der Kampf geht weiter. Durch seine eigene Kraft und durch die Hilfe der Weltfront des Friedens wird ein freies, unabhängiges Oesterreich wieder-erstehen.

Spitzenpolitiker aller Parteien — mit Ausnahme der Kommunisten — gaben nach dem Hitler-Überfall auf Österreich unser Land für immer verloren. Nicht so die KPÖ: Noch in der Nacht dieser tragischen Ereignisse wurde im Auftrag des Zentralkomitees ein Aufruf ausgearbeitet und veröffentlicht, in dem die historische Notwendigkeit der Wiedergeburt Österreichs unterstrichen wird. Die Kommunisten ließen es nicht bei Worten bewenden; vielmehr hatten sie auch einen bedeutenden Anteil an Widerstand und Befreiung — den Voraussetzungen für die Wiedererlangung unserer Unabhängigkeit.



Von der Zeitgeschichtsschreibung unbestritten ist, daß die Kommunisten die Hauptlast im Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus getragen haben. Allein zwölf Mitglieder des ZK der KPÖ fielen auf Grund ihres Kampfes für die Wiedererrichtung Österreichs den Nazi-Schergen zum Opfer.

Eine von ihnen war Hedi Urach (Bild oben). Vor ihrem Weg zum Schafott hinterließ sie folgenden Brief: „Seid nicht traurig, es ist nur ein Soldat der gerechten Sache abberufen worden. Meine Liebe gehört Euch, Euch, der Arbeiterklasse, deren Kind ich bin, ein Teil jener wundervollen Schicht des Volkes, von dem alles Leben kommt. . .“

Wie sie dachten und handelten tausende Kommunisten; und viele Mitglieder der KPÖ gaben ihr Leben hin für ein neues Österreich.

2700

Österreicher wurden als aktive Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt und justifiziert

16.493

österreichische Widerstandskämpfer wurden in Konzentrationslagern ermordet

9687

Österreicher wurden in Gestapogefängnissen ermordet

6420

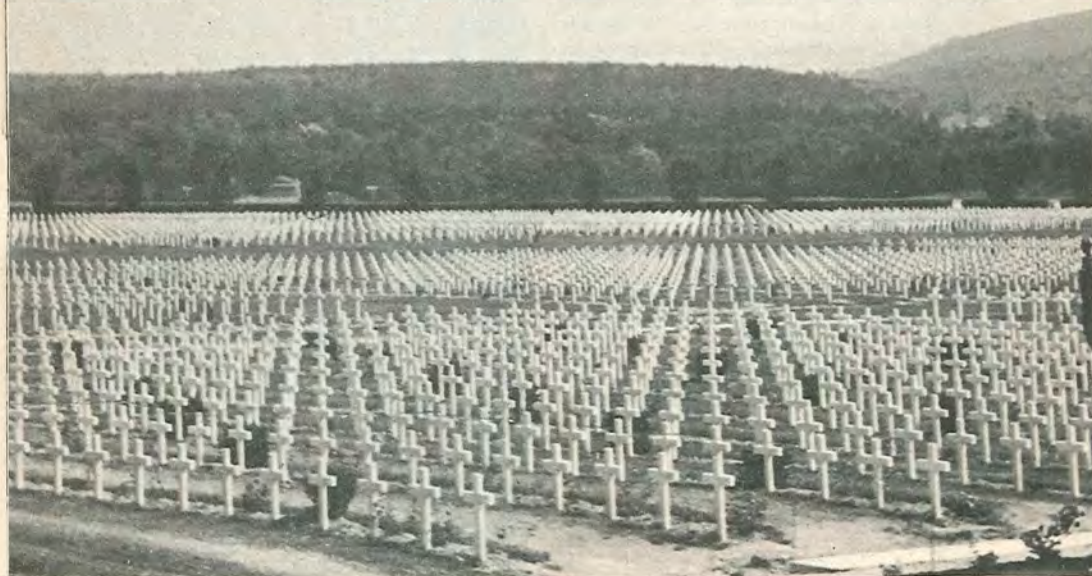
Österreicher kamen in Zuchthäusern und Gefängnissen in den von der Hitler-Wehrmacht besetzten Ländern ums Leben

65.459

österreichische Juden wurden in Gettos und Konzentrationslagern getötet



**Sich fügen half nichts.
380.000 Österreicher kehrten aus dem
Krieg nicht mehr heim.**



April/Mai 1945. Während sich die Faschisten noch verzweifelt zur Wehr setzten, hatte in den von der Roten Armee befreiten Teilen Österreichs bereits der Wiederaufbau begonnen. Es war der SS zwar nicht gelungen, Wien zur „Hauptkampflinie“ zu machen, aber für die Stadt war dennoch die Stunde Null gekommen. Es mußten Nahrungsmittel beschafft, die Betriebe und der öffentliche Verkehr mußten wieder instand gesetzt werden. An allen diesen Wiederinstandsetzungsarbeiten, die von der Bevölkerung geleistet wurden, hatten die Kommunisten hervorragenden Anteil. Sie haben sich von früh bis spät abgeplagt und oft wahre Wunder vollbracht.

Die KPÖ stellte zum Beispiel in dreizehn Wiener Bezirken die provisorischen Bezirksbürgermeister, unter anderem im 10., 12., 14., 16., 20., 21., 22. und 23. Bezirk. In der ersten Wiener Stadtregierung waren die Kommunisten mit einem stellvertretenden Bürgermeister und drei amtsführenden Stadträten vertreten. Sie waren für das Wohlfahrtswesen, für Bildung und Kultur und für das Ernährungswesen verantwortlich.

So mußten tausende von den Nazi verschleppte Kinder ausgeforscht und heimgebracht werden! Evakuierten und den aus den Konzentrationslagern Zurückkehrenden mußten Unterkunft und Verpflegung beschafft, Lebensmittel sichergestellt und verteilt, Kindergärten und Kinderheime wieder notdürftig instand gesetzt werden. Schülerausspeisungen wurden aufgenommen. Ein Großteil der Theater und 120 Kinos wurden schon in den ersten Wochen nach der Befreiung wieder geöffnet.

Schon im Mai 1945 wurde in Wien der Unterricht an 126 Volks-, 55 Haupt- und 10 Sonderschulen wieder aufgenommen. Für das alles waren die Kommunisten zuständig.

Genossen bei freiwilligen Aufräumarbeiten.

benachbarten Staaten, vor denen ähnliche Probleme stehen werden, die Möglichkeit zu geben, diejenige politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist.“

Angesichts der angeführten Tatsachen und im Hinblick auf die feierlichen Erklärungen der drei Weltmächte, denen sich inzwischen beinahe alle Regierungen des Abendlandes angeschlossen haben, erlassen die unterzeichneten Vertreter aller antifaschistischen Parteien Österreichs ausnahmslos die nachstehende

Unabhängigkeitserklärung.

Art. I: Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten.

Art. II: Der im Jahre 1938 dem österreichischen Volke aufgezwungene Anschluß ist null und nichtig.

Wien, den 27. April 1945.

Urkund dessen die eigenhändigen Unterschriften der Vorstände der politischen Parteien Österreichs:

Für den Vorstand der österreichischen Sozialdemokratie, nunmehr Sozialistische Partei Österreichs (Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten):

Dr. Karl Renner m. p.
Dr. Adolf Schärf m. p.

Für den Vorstand der Christlichsozialen Volkspartei bzw. nunmehr Österreichische Volkspartei:

Leopold Kunschak m. p.

Für die Kommunistische Partei Österreichs:

Johann Koplenig m. p.



Für die KPÖ unterzeichnete der damalige Parteivorsitzende Johann Koplenig die Gründungsurkunde der Zweiten Republik.

Natürlich haben auch die anderen beiden demokratischen Parteien in den ersten Monaten nach der Befreiung am Wiederaufbau teilgenommen, wie überhaupt die Atmosphäre damals, in den ersten Wochen nach dem Zusammenbruch des Faschismus, viel kameradschaftlicher war. Vor allem brachten aber die Arbeiter auf eigene Initiative die Produktion wieder in Gang, während sich die Fabriksbesitzer zumeist erst wieder sehen ließen, als die Betriebe bereits wieder liefen.

Am 10. Mai 1955 gab es ein eigenartiges Zusammentreffen zwischen der österreichischen Regierungsspitze (Raab und Figl von der ÖVP, Schärff und Kreisky von der SPÖ) mit den Botschaftern Großbritanniens und der USA in Wien:

Fünf Tage vor der Unterzeichnung des Staatsvertrages wurde das „Wiener Memorandum“ unterschrieben. In diesem Geheimdokument verpflichtete sich die Regierung, und zwar ohne Parlamentsbeschluß und ohne Information der Öffentlichkeit, Raffinerieanlagen, Pipelines, Schürfrechte und Vertriebssysteme an britische und amerikanische Erdölgesellschaften auszuliefern.

Durch dieses Vorgehen wurden die Bestimmungen des Staatsvertrages und des Verstaatlichungsgesetzes mißachtet. Beide sahen die Übertragung sämtlicher Anlagen und Rechte der Erdölwirtschaft unseres Landes an den österreichischen Staat vor. Die KPÖ brachte diesen Übergriff in die Öffentlichkeit, und auf ihren Druck wurde das „Wiener Memorandum“ am 2. Dezember 1955 in der amtlichen „Wiener Zeitung“ verlautbart.

Daß die internationalen Erdölkonzerne nicht noch stärkere Positionen in Österreich einnehmen und daß die ÖMV ihrem Druck Jahrzehnte hindurch standhalten konnte, verdankt Österreich vor allem der bewußten Haltung der ÖMV-Arbeiter.

Heute verfügen die Multis über die Förderrechte in Oberösterreich, und sie haben die Verteilung von mehr als zwei Drittel der von der ÖMV verarbeiteten Erdölprodukte in ihrer Hand.

Durch eine entschlossene Aktion verhinderten ÖMV-Arbeiter im Juni 1956 am Bahnhof Oberweiden die Entladung von Bohrgeräten, mit denen im Auftrag der Niogas zugunsten von Erdölmultis gebohrt werden sollte. Damals schrieb die bürgerliche Presse von „KP-Terror“. Die KPÖ ist stolz, durch Information und Mobilisierung diesen gemeinsamen Kampf aller ÖMV-Arbeiter ausgelöst zu haben.



Vor 15 Jahren, am 15. März 1965, forderte der Neofaschismus sein erstes Todesopfer: Während einer Demonstration gegen den deutschnationalen Hochschulprofessor Borodajkewycz wurde der Kommunist Ernst Kirchwegger von einem Funktionär des „Rings Freiheitlicher Studenten“ erschlagen. Der Täter Günther Kümel wurde zu einer Bagatellstrafe von zehn Monaten Haft verurteilt.

Bei der Trauerfeier für Ernst Kirchwegger demonstrierten 20.000 Österreicher aller antifaschistischen Lager auf der Ringstraße.



„Mauthausen, Dachau, Buchenwald lassen nur Verbrecher kalt!“ Etwa hundert Jugendliche demonstrierten in Zell am See gegen eine „Wahlveranstaltung“ des verurteilten Terroristen Norbert Burger. 150 Gendarmen sind



aufgebeten, um den Neofaschisten zu schützen. Ganz ähnliche Bilder bieten sich in Wien, Linz, Salzburg. . .

Eine bundesweite Aktionseinheit kommunistischer, sozialistischer und katholischer Jugendorganisationen, von Studentenvertretern und den Verbänden der nationalen Minderheiten fordert von der Regierung das Verbot der Neonazi-Vereine und jeder deutschnationalen rechtsextremen Propaganda, Gewährleistung einer antifaschistischen Aufklärung in den Schulen, volle Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten entsprechend Artikel 7 des Staatsvertrages, verstärkte Bemühungen für Völkerfreundschaft, Frieden und Entspannung. Unter dem Schlagwort „Aufklären statt verbieten“ ignoriert die Regierung ihre im Staatsvertrag enthaltene Verpflichtung. Die Beschlagnahme der wissenschaftlichen Dokumentation „Rechtsextremismus in Österreich nach 1945“ und anderer antifaschistischer Schriften zeigt, daß ein Sich-Abfinden mit dem Rechtsradikalismus auch das „Aufklären“ in Frage stellt.



Die Weltlage hat sich jäh verschlechtert. Afghanistan war nur Vorwand für neue Drohungen mit Kaltem Krieg. Schon vorher hatte es den NATO-Beschluß gegeben, die Rüstungsausgaben jährlich um drei Prozent zu erhöhen; der SALT-II-Vertrag wurde in den USA nicht ratifiziert; und im Dezember beschloß die NATO, eine neue Atomraketen-Generation in Europa zu stationieren. Es gibt 386 amerikanische Militärbasen in 114 Ländern, und eine mobile Eingreiftruppe der USA von 100.000 Mann wird aufgestellt. Die Flugbahn von in Norditalien oder Bayern abgeschossenen Atomraketen würde auch über das neutrale Österreich führen. Ein Kernwaffenkrieg in Mitteleuropa würde auch Österreich in eine atomverseuchte Wüste verwandeln. Gerade das neutrale Österreich und seine Regierung haben eine besondere Verpflichtung, nachdrücklicher als bisher für die Fortsetzung des Entspannungsprozesses zu wirken. Wir Kommunisten fordern daher: Der NATO-Beschluß auf Raketenstationierung in Westeuropa darf nicht verwirklicht, der SALT-II-Vertrag muß endlich ratifiziert werden. Keine weitere Aufrüstung, sondern Abrüstung.

Für ganz Europa besonders wichtig ist die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Ost und West und ein Erfolg der Madrider Helsinki-Nachfolgekonzferenz in diesem Jahr.



Filialen und Tochterbetriebe von multinationalen Konzernen beschäftigen heute schon mehr Österreicher als die verstaatlichte Industrie. 37 Prozent der Industrieproduktion, 60 Prozent der Versicherungen, 50 Prozent des Handels unseres Landes stehen unter ausländischem Regiment: zusammen 3500 Betriebe mit 420.000 Arbeitern und Angestellten. Im Magnesitbau, in der Flachglasverarbeitung, bei Waschmitteln, Margarine und Tiefkühlkost, im Aufzug- und Rolltreppenbau ist die Herrschaft des Auslandskapitals total.

Warum die Multis eine Gefahr sind? — Hier einige Argumente:

- Die Entscheidungen darüber, ob, was und wie investiert wird oder gar Betriebe geschlossen werden, fallen in den Konzernzentralen. Sie gehen von weltweiten Profitstrategien und nicht von den Interessen der österreichischen Werk-tätigen aus.
- Wie die Erdölkonzerne mit ihrer erpresseri-

schen Preispolitik machen alle Multis in unserem Land horrende Profite. In den vergangen-zwölf Jahren wurden allein mehr als 33 Milliarden Schilling an Gewinnen ins Ausland transferiert. Dieser gesellschaftliche Reichtum wurde in Österreich von Österreichern erarbeitet, kommt aber nicht der wirtschaftlichen Weiterentwicklung unseres Landes zugute.

- Durch zahllose Verbindungen, Verträge, Kooperationen und gemeinsame Tochterbetriebe wird die verstaatlichte Industrie immer stärker an das Auslandskapital gebunden. Diese Erscheinung hat unter anderem dazu geführt, daß die ehemals verstaatlichte Elektroindustrie dem westdeutschen Multi Siemens ausgeliefert wurde.
- Handelsketten und Großkaufhäuser in ausländischer Hand importieren einen Großteil ihres Warensortiments. Dadurch gefährden sie nicht nur Arbeitsplätze in Österreich, sondern tragen überdies zur Verschlechterung unserer Handelsbilanz bei.



Die parlamentarische Republik, in der wir heute leben, ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Kampfes der österreichischen Arbeiterbewegung. Die KPÖ hat dazu seit ihrer Gründung im November 1918 positiv beigetragen. Auch heute verteidigt sie die demokratischen Errungenschaften der arbeitenden Menschen und tritt für die Erweiterung von Demokratie und Freiheit in allen Gesellschaftsbereichen ein.

Der Kapitalismus hat zur faschistischen Diktatur geführt. Er trägt auch heute die Tendenz zur Beseitigung der demokratischen Rechte und Freiheiten in sich. Um diese Gefahr für immer zu beseitigen, tritt die Kommunistische Partei für den Sozialismus ein, das heißt für die Errichtung einer neuen Gesellschaft, die keineswegs eine Einschränkung, sondern eine Erweiterung von Freiheit und Demokratie für die Werktätigen bringen wird. Aufgehoben wird im Sozialismus die „Freiheit“ der Ausbeutung, des schrankenlosen Profitstrebens des Kapitals, der Reichtum einer kleinen Minderheit auf Kosten der großen Mehrheit. Für die arbeitenden Menschen bringt die neue Gesellschaft Rechte und Freiheiten, die im Kapitalismus nicht zu erreichen sind: Aufhebung der Ausbeutung, volle Gleichstellung der Frau, Beseitigung des Bildungsprivilegs, Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, Teilnahme an den grundlegenden Entscheidungen in Wirtschaft, Politik und Kultur.

Die KPÖ tritt für einen Weg zum Sozialismus ein, der den nationalen Bedingungen und Traditionen Österreichs entspricht. Wir streben einen Sozialismus in Österreichs Farben an. Die Errichtung dieser neuen, sozialistischen Gesellschaft kann nur das Werk der großen Mehrheit des österreichischen Volkes sein und setzt ein breites Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, den Gewerbetreibenden und der Intelligenz voraus.

Sozialismus, Demokratie, Freiheit und Unabhängigkeit sind keine Gegensätze; vielmehr sind sie untrennbar miteinander verknüpft.

**Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!**



KPÖ

**immer
für
Österreich**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: KPÖ; für den Inhalt verantwortlich: Alfred Matzinger,
beide 1206 Wien, Höchstädtplatz 3. Druck: Globus, Wien XX.